

Pressekonferenz am 5. Mai 2006 in Berlin

zur Gründung des Vereins

„Aktion Demenz –
Gemeinsam für ein besseres Leben mit Demenz“

Ulla Schmidt
Bundesministerin für Gesundheit

Pressesstatement

Sperrfrist: 5. Mai 2006, 11 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Frau Dr. Satrapa-Schill,
sehr geehrter Herr Professor Gronemeyer,

Zunächst möchte ich Ihnen und allen Beteiligten ganz herzlich für Ihre Arbeit und Ihr Engagement danken. Mit Ihrer Initiative und dem daraus entstandenen Verein „Aktion Demenz“ leisten Sie einen wichtigen Beitrag, um die Lebensqualität demenziell erkrankter Menschen zu verbessern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der medizinische Fortschritt, gute hygienische Bedingungen und Ernährung führen dazu, dass wir immer älter werden. Das ist eine gute Entwicklung. Doch leider nehmen im hohen Alter – trotz unserer Hochleistungsmedizin – die Erkrankungen und Gebrechen zu. Mehr Menschen werden in Zukunft auf professionelle medizinische Hilfe und Pflege angewiesen sein. Schätzungen gehen davon aus, dass sich die Zahl der pflegebedürftigen Personen von heute zwei Millionen auf gut drei Millionen im Jahr 2030 erhöhen wird.

Diese Zahlen machen deutlich, wie notwendig es ist, frühzeitig die richtigen Weichen zu stellen. Alte und kranke Menschen haben das Recht auf ein menschenwürdiges und – so lange es geht – möglichst selbstständiges Leben. Vor allem müssen wir die Betreuung altersverwirrter Menschen verbessern und ausbauen, denn Demenz gehört zu den häufigsten Erkrankungen im Alter. Im Koalitionsvertrag ist daher ein Leuchtturmprojekt Demenz vereinbart, das auf einen besseren Austausch und eine bessere Abstimmung der vielfältigen Aktivitäten im Bereich der Versorgung Demenzkranker zielt.

In Deutschland leiden derzeit etwa 1,2 Millionen Menschen an Demenz. Die Krankheit ist gekennzeichnet durch Störungen des Gedächtnisses und des Denkvermögens. Häufig kommen Persönlichkeits- und Verhaltensänderungen hinzu. Demenz bedeutet den Verlust von Selbstständigkeit. Früher starke und selbstständige Menschen benötigen auf einmal Pflege rund um die Uhr, denn sie können die alltäglichen Dinge nicht mehr alleine bewältigen. So vergessen

und verlernen sie zu trinken und zu essen, weil sich ihr Hunger- und Durstgefühl verändert. Die Erinnerung an die Vergangenheit erlischt ebenso wie der Blick in die Zukunft. Demenzkranke leben in ihrer eigenen Welt. Ihre Handlungen sind für uns daher oft nur schwer oder gar nicht nachvollziehbar.

Das stellt hohe Anforderungen an die Betreuung der Betroffenen. Besonders für Angehörige ist diese Aufgabe mit körperlichen, aber vor allem auch psychischen Belastungen verbunden. Sie benötigen viel Kraft und Unterstützung. Den ersten Schritt zur Verbesserung der Situation Demenzkranker und ihrer Angehörigen haben wir mit dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz getan. Der zusätzliche Betreuungsbetrag von 460 Euro im Jahr sowie die Möglichkeit, einen weiteren Beratungsbesuch in Anspruch zu nehmen, stützen die häusliche Pflege demenzkranker Menschen.

Die Fortentwicklung und Absicherung von ambulanten Angeboten hat für uns besondere Bedeutung, weil die meisten Pflegebedürftigen in ihrer vertrauten Umgebung und, was noch wichtiger ist, nahe den ihnen vertrauten Menschen gepflegt werden wollen.

Auch im stationären Bereich benötigen wir qualifiziertes Pflege- und Betreuungspersonal. Das Bundesministerium für Gesundheit hat daher ein Forschungsprojekt zur Entwicklung von Rahmenempfehlungen für demenziell Erkrankte finanziell unterstützt. Ziel ist es, das Personal für das oft nur schwer nachvollziehbare Verhalten der Erkrankten zu sensibilisieren und dadurch eine optimale Betreuung in der stationären Pflege sicherzustellen. Die Ergebnisse und Empfehlungen werden Mitte Mai vorgestellt.

Mit der in diesem Jahr anstehenden Reform der Pflegeversicherung werden wir weitere Schritte hin zu einer bedarfsgerechten Versorgung der Betroffenen gehen. Die Pflegeversicherung muss den allgemeinen Beaufsichtigungs- und Betreuungsaufwand von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz besser berücksichtigen. Ein ausgewogenes Gesamtkonzept muss sich darüber hinaus auch mit Prävention beschäftigen, mit der Frage, wie wir gesund alt werden.

Die Bundesregierung möchte die Zusammenarbeit zwischen Patienten, Wissenschaftlern, Angehörigen und Ärzten verbessern. Das ist das Ziel des „Kompetenznetz Demenzen“, das im Rahmen des Gesundheitsforschungsprogramms gefördert wird. Das wissenschaftliche Programm legt besonderen Wert auf die Verbesserung der Frühdiagnose und die Etablierung neuer Therapiemethoden. Bundeseinheitliche Richtlinien für die Diagnostik und Therapie demenzieller Erkrankungen sollen hier entwickelt werden. Wir wollen mit einem verbesserten Austausch zwischen Wissenschaftlern und Praktikern ein Höchstmaß an Versorgungsqualität für die betroffenen Patienten sicherstellen.

Die Verbesserung der Versorgungssituation demenziell erkrankter Menschen kann jedoch nicht nur allein durch Maßnahmen der Bundesregierung erreicht werden. Es handelt sich hier vielmehr um eine Gemeinschaftsaufgabe, für deren Erfüllung jeder in seinem Aufgabenbereich Verantwortung zu tragen hat. Die Lebensqualität der Betroffenen und ihrer Pflegenden hängt wesentlich von der Haltung unserer Gesellschaft ab. Wir müssen Demenz und ihre Folgen enttabuisieren und Ängste abbauen. Dazu bedarf es wirksamer Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit. Die heute vorgestellte Initiative der Robert Bosch Stiftung trägt diesem Erfordernis besonders Rechnung.

Vielen Dank!